

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/13105 –

Obdach- und Wohnungslosigkeit erkennen und bekämpfen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Kirsten Tackmann, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/13552 –

Bedarfsgerechtes Wohnen dauerhaft sichern – Gemeinnützigen Wohnungswirtschaftssektor entwickeln

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Forderungen aus Bundestagsdrucksache 13/1848 aus dem Jahr 1995 zeitnah umzusetzen, nämlich gemeinsam mit den Ländern die Grundlage für bundesweite Wohnungslosenstatistiken in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, gemeinsam mit den Ländern den Wohnungsbau bedarfsgerecht zu sichern, insbesondere den sozialen Wohnungsbau, das Problemfeld Obdachlosigkeit weiter wissenschaftlich zu untersuchen und Modellprojekte zur Errichtung neuen und zur Sanierung leer stehenden Wohnraums mit Hilfe der von Obdachlosigkeit Betroffenen zu fördern, um Wohnungslosen Wohnraum, soziale Verantwortung und Arbeit gleichzeitig zu verschaffen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, nach näherer Maßgabe des Antrags einen Gesetzentwurf zur Errichtung und zum dauerhaften Betrieb eines gemeinnützigen Sektors in der Wohnungswirtschaft vorzulegen und nach näherer Maßgabe des Antrags Ausgleichsvoraussetzungen für die Unternehmen zu schaffen, die sich durch Satzungsänderung oder Neugründung zu einer engen

Bindung des Geschäftsbetriebes an die Vorgaben zur Gemeinnützigkeit dauerhaft verpflichten.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13105 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13552 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Jeweils Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/13105 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/13552 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Karl Holmeier
Berichterstatter

Gero Storjohann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Karl Holmeier und Gero Storjohann

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13105** in seiner 244. Sitzung am 7. Juni 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13552** in seiner 243. Sitzung am 6. Juni 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Forderungen aus Bundestagsdrucksache 13/4848 zeitnah umzusetzen, nämlich gemeinsam mit den Ländern die Grundlage für bundesweite Wohnungslosenstatistiken in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, gemeinsam mit den Ländern den Wohnungsbau bedarfsgerecht zu sichern, insbesondere den sozialen Wohnungsbau, das Problemfeld Obdachlosigkeit weiter wissenschaftlich zu untersuchen und Modellprojekte zur Errichtung neuen und zur Sanierung leer stehenden Wohnraums mit Hilfe der von Obdachlosigkeit Betroffenen zu fördern, um Wohnungslosen Wohnraum, soziale Verantwortung und Arbeit gleichzeitig zu verschaffen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, nach näherer Maßgabe des Antrags einen Gesetzentwurf zur Errichtung und zum dauerhaften Betrieb eines gemeinnützigen Sektors in der Wohnungswirtschaft vorzulegen und nach näherer Maßgabe des Antrags Ausgleichsvoraussetzungen für die Unternehmen zu schaffen, die sich durch Satzungsänderung oder Neugründung zu einer engen Bindung des Geschäftsbetriebes an die Vorgaben zur Gemeinnützigkeit dauerhaft verpflichten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/13105 in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13552 in seiner 139. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 125. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/13105 und 17/13552 in seiner 107. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte zu dem Antrag auf Drucksache 17/13105 aus, man habe sich in einer überfraktionellen Arbeitsgruppe mit dem Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit befasst, habe dort aber keine Einigkeit erzielt. Aus ihrer Sicht liege der Lösungsansatz vor allem auf der kommunalen Ebene; dort verfüge man über die beste Datengrundlage und könne wohnungspolitische Maßnahmen am schnellsten und flexibelsten an die sich häufig in kurzen Zeitabständen ändernde Situation anpassen. Eine bundesweite Statistik für diesen Bereich sehe man daher nicht als hilfreich an. Sie lehne auch den Antrag auf Drucksache 17/13552 ab, da er den grundsätzlichen Bestrebungen zuwiderlaufe, Subventionstatbestände abzubauen. Bei einer Umsetzung der Forderungen des Antrags seien zudem weitreichende Mitnahmeeffekte zu befürchten. Sie spreche sich stattdessen für gezielte Maßnahmen an den Stellen aus, an denen tatsächlich ein Bedarf bestehe. Zudem verwies sie auf Zuständigkeiten der Länder.

Die **Fraktion der SPD** unterstützte den Antrag auf Drucksache 17/13105. Er zeige auf, welche Maßnahmen zu ergreifen seien. Das Beispiel in Nordrhein-Westfalen, welches gut funktioniere, lasse sich auch auf Bundesebene umsetzen. Städte und Gemeinden seien an dieser Stelle zum Teil finanziell überfordert. Den Antrag auf Drucksache 17/13552 könne man hingegen nicht mittragen. Man brauche zwar auf dem Wohnungsmarkt alle Akteure. Die in dem Antrag vorgeschlagenen generellen Steuerbefreiungen befürworte man aber nicht.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, welche umfassenden wohnungspolitischen Maßnahmen die Koalition in der laufenden Wahlperiode bereits ergriffen habe. Sie spreche sich dafür aus, den Menschen das Geld unmittelbar zur Verfügung zu stellen, statt, wie in dem Antrag auf Drucksache 17/13552 vorgesehen, eine Objektförderung vorzunehmen. Man müsse in den Ballungsräumen und Studentenstädten

Anreize für den Wohnungsbau setzen. Eine Mietpreisbremse sei hier der falsche Ansatz. Sie wies zudem darauf hin, dass die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau seit der Föderalismusreform bei den Ländern liege und der Bund hier Ausgleichszahlungen leiste, die aber von manchen Ländern nicht zweckentsprechend eingesetzt würden. Zudem sei daran zu erinnern, dass die Partei DIE LINKE. bei Wohnungsprivatisierungen der öffentlichen Hand, etwa in Berlin, mitgewirkt habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** dankte allen Fraktionen, dass sie im Vorfeld bereit gewesen seien, das Thema einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik in einer Arbeitsgruppe zu erörtern. Ihr gehe es bei ihrem Antrag auf Drucksache 17/13105 vor allem darum, die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Thematik zu betonen. Wie sich an dem Beispiel Nordrhein-Westfalens zeige, biete eine Wohnungslosenstatistik die Grundlage, um gezielte Maßnahmen zur Lösung der Probleme der Obdach- und Wohnungslosigkeit zu ergreifen. Zu dem Antrag auf Drucksache 17/13552 hob sie hervor, dass es nicht ihr Ziel sei, die 1990 abgeschaffte Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einzuführen. Ihr gehe es um eine zeitgemäße neue Gemeinnützigkeit und um die Etablierung einer zusätzlichen gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft, welche sich insbesondere der sozialen Frage der Wohnungspolitik zuwende, was renditeorientierte Investoren nicht leisten könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Antrag auf Drucksache 17/13105 sei zielführend und werde von ihr unterstützt. Die in dem Antrag geforderte wissenschaftliche Untersuchung von Obdach- und Wohnungslosigkeit sei auch deshalb notwendig, weil über einen längeren Zeitraum Betroffene auch dann häufig Vorbehalte hätten, in ein normales Mietverhältnis zurückzukehren, wenn wieder Wohnraum zur Verfügung stehe. Durch die bekannte Lage am Wohnungsmarkt kämen dann immer neue Betroffene hinzu. Der Antrag auf Drucksache 17/13552 enthalte eine Reihe zutreffender Analysen und Forderungen. Es sei aber nicht absehbar, welche Auswirkungen die darin geforderten Steuerbefreiungen auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und auf andere Anbieter am Wohnungsmarkt haben würden. Auch die geforderte Streichung der Altschulden für die ostdeutschen Wohnungsunternehmen werde von ihr in dieser Form nicht mitgetragen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13105.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13552.

Berlin, den 12. Juni 2013

Karl Holmeier
Berichterstatter

Gero Storjohann
Berichterstatter

